

## **„Psychotherapie unter den Rädern der Gesundheitsreform?“**

### **Die Gesundheitsreform**

Seit mehreren Jahren schon beschäftigt das Thema Neustrukturierung des Gesundheitssystems die Österreichische Politik. Die Defizite der Krankenkassen veranlassen die politisch Verantwortlichen wieder verstärkt über strukturelle Änderungen nachzudenken. Damit wurde die aktuelle Gesundheitsreform ins Leben gerufen, die einen von vielen Punkten des Koalitionsabkommens darstellt. Dabei, so sind sich zahlreiche Experten sicher, sollte die Gesundheitsreform diesmal darüber hinausgehen, ein bloßes Sparprogramm für die maroden Krankenkassen zu sein. Vielmehr bietet sie die Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Neustrukturierung. Doch ob die Chance genützt wird, wird sich im Laufe des Prozesses erst zeigen.

Insbesondere der Bereich der psychischen Erkrankungen und der Psychotherapie hat bisher in den Diskussionsprozess kaum Eingang gefunden, obwohl die psychotherapeutische Versorgung eine Zielsetzung im derzeitigen Regierungsprogramm ist.

### **Psychotherapie als unverzichtbarer Teil des Gesundheitssystems**

Das zu ändern ist nun das Anliegen des Österreichischen Bundesverbandes für Psychotherapie (ÖBVP). „Wir sehen hier einen großen Nachholbedarf und einen drohenden volkswirtschaftlichen Schaden, der enorm ist“, so Dr. Eva Mückstein Präsidentin des ÖBVP. „Die Psychotherapie wird zwar im Gesundheitswesen immer selbstverständlicher in Anspruch genommen – die Finanzierung lässt aber auf sich warten.“ Der ÖBVP setzt sich daher für einen leichteren Zugang für PatientInnen zur Psychotherapie ein. Das gewünschte Ziel ist der Gesamtvertrag, die „Psychotherapie auf Krankenschein“, für alle, die diese Behandlung brauchen. Auch wenn, verglichen mit der Situation vor einem Jahrzehnt, schon eindeutige Verbesserungen in der psychotherapeutischen Versorgung zu erkennen sind, so sind nach wie vor große Mängel zu beseitigen:

- Es besteht eine eklatante Unterversorgung: Sucht ein Patient nach einem Therapieplatz, wird er mit Wartezeiten bis zu 1,5 Jahren vertröstet. Nur etwa 16 Prozent der Betroffenen können eine durch die Krankenkassa finanzierte Psychotherapie in Anspruch nehmen. Nur etwa ein Viertel jener Personen, die Psychotherapie brauchen und auch bereit wären, sich behandeln zu lassen, kommen zur Psychotherapie.
- In jedem Bundesland gibt es ein anderes Psychotherapie-System: Der Psychotherapie-Dschungel ist für die PatientInnen unüberschaubar und stellt eine enorme Hürde für die Inanspruchnahme dar.
- Hohe Selbstbehalte für die meisten Psychotherapie-PatientInnen: Die kontingentierte Krankenscheinpsychotherapie reicht bei weitem nicht für alle. Die Krankenkasse refundiert seit 1992 ohne Indexanpassung nach wie vor nur Euro 21,80 pro Behandlungseinheit. Den hohen Privatanteil können sich viele PatientInnen schlicht nicht leisten.

### **Der volkswirtschaftliche Aspekt der Psychotherapie**

Das Fehlen eines Psychotherapie-Konzepts ist für viele an psychischen Krankheiten leidenden Menschen der Grund, auf rechtzeitige Hilfe zu verzichten. Damit werden Störungen verschleppt und chronifiziert. Das alles verursacht beträchtliche Kosten im Gesundheitswesen. Statistisch gesehen erhöhen sich bei versäumter Psychotherapie die Kosten für das Gesundheitssystem um das DREIFACHE.

Immer mehr Arbeitsausfälle sind auf psychische Erkrankungen zurückzuführen. Während der Krankenstand insgesamt rückläufig ist, steigt die Zahl der Krankmeldungen aufgrund psychischer Probleme und Erkrankungen an. Nach Angaben des Österreichischen Psychiatrieberichts 2001 sind im Durchschnitt 460 Krankenstandstage pro 1000 Beschäftigten wegen psychischer bzw. psychiatrischer Erkrankungen zu verzeichnen. Im Jahr 2002 nahmen rund 60.000 Österreicherinnen und Österreicher die Möglichkeit der Invaliditätspensionen wegen psychischer und psychiatrischer Erkrankungen in Anspruch – das bedeutet, dass 13 Prozent aller Frühpensionierungen (Pensionierungen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit) aus psychischen Erkrankungen resultieren.<sup>1</sup> Die Tendenz ist steigend.

---

<sup>1</sup> Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch 2004, S. 197

Diese Zahlen zeigen, dass die Psychotherapie im Gesundheitssystem schon aus volkswirtschaftlichen Gründen besser verankert werden muss.

### **Psychische Erkrankungen rücken ins Bewusstsein der PolitikerInnen**

Auch wenn sich die EntscheidungsträgerInnen in der Gesundheitspolitik immer wieder sehr für die Psychotherapie interessieren und die Psychotherapie mittlerweile auch als selbstverständlichen Behandlungsteil bei psychischen Erkrankungen betrachten, so ist gleichzeitig ein unverständliches Zögern zu bemerken, wenn es um die Umsetzung gesundheitspolitischer Konzepte für die Psychotherapie geht. Nun gibt es wieder Hoffnung, auf eine positive Veränderung: Vor kurzem meldete sich die Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky zu Wort und zeigte sich über die Entwicklung informiert und beunruhigt: "Jüngste Zahlen der Weltgesundheitsorganisation zeigen, dass in den Industriestaaten seelisches Leid die größte Gesundheitsgefahr im 21. Jahrhundert sein wird. 2020 werden psychische Leiden, nach Herz-Kreislaufkrankungen, an zweiter Stelle liegen", so die Ministerin. Nun darf man gespannt sein, welche Maßnahmen daraus folgen.

### **Der ÖBVP als die Interessenvertretung für Psychotherapie fordert für die Gesundheitsreform:**

- Gesamtvertrag für Psychotherapie – ein Rahmenvertrag soll allen, die es brauchen, Psychotherapie auf Krankenschein sichern.
- Bereitstellung finanzieller Mittel für die psychotherapeutische Versorgung. Die minimale psychotherapeutische Versorgung erfordert etwa 100 Mio Euro (derzeit 44 Mio Euro). Wir fordern einen Stufenplan von jährlich weiteren 20 Mio Euro.
- Sofortige Erhöhung des Kostenzuschusses auf zumindest 30 Euro pro Behandlungsstunde, solange der Gesamtvertrag noch nicht ausverhandelt ist. Seit 1992 beträgt der Zuschuss 21,80!

- Ausbildungsplätze für die PsychotherapeutInnen in Ausbildung – PsychotherapeutInnen arbeiten während ihrer Ausbildung oft unentgeltlich in Kliniken und in psychosozialen Einrichtungen. Viele Einrichtungen „leben“ von den Auszubildenden. Wir fordern nun ein Konzept für den Ausbau von Planstellen für PsychotherapeutInnen in Ausbildung.
- Gleichstellung psychischer Erkrankungen mit somatischen Erkrankungen. Diese Gleichstellung besteht seit dem Psychotherapiegesetz 1991 – aber leider nur auf dem Papier. Kontinuierliche und aktive Überzeugungsarbeit ist notwendig.